

1284/J

gem § 93 Abs 1 GOG
der Abgeordneten Friedhelm Frischenschlager, Thomas Barmüller,
Volker Kier und weitere Abgeordnete
betreffend eine beschäftigungs- und umweltpolitisch wirksame
Steuerreform

an den Bundesminister für Finanzen

Ziel einer effektiven Wirtschaftspolitik muß die Sicherung einer tragfähigen Basis für eine sozial und ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sein. Um diese Zielsetzung zu erreichen ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Beschäftigungssituation zu verbessern sowie die Energie- und Materialeffizienz wirtschaftlicher Prozesse zu steigern.

Staatliche Interventionen und ordnungspolitische Maßnahmen, die schon bisher nicht im vollen Umfang oder nicht dauerhaft die in sie gesetzten wirtschafts- und umweltpolitischen Erwartungen erfüllt haben, sind in der aktuellen budgetären Situation nicht oder nur schwer finanzierbar. Als Alternative und Ergänzung bieten sich marktwirtschaftliche politische Ansätze an.

Neben anderen politischen Handlungsfeldern bietet die Finanzpolitik im besonderen Maße die Möglichkeit, mit marktgerechten politischen Instrumenten die beschäftigungs- und die umweltpolitischen Rahmenbedingungen zu gestalten. Einen entsprechenden marktkonformen Ansatz liefert das Konzept eines ökologisch orientierten Umbaus des Steuersystems.

Mit einer ökologischen Steuerreform sollen die Steuer- und Abgabenbelastungen für den Faktor Arbeit gesenkt und der daraus resultierende Einnahmefall durch Energie- und Ressourcensteuern budgetär aufkommensneutral ausgeglichen werden. Damit werden wirtschaftliche Voraussetzungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze und für einen grundsätzlichen Kurswechsel in Richtung höhere Energie- und Materialeffizienz geschaffen.

Neben der Preiselastizität für Energie besteht eine Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Energie sowie zwischen Kapital und Energie. Höhere Energiepreise bewirken einen geringeren Energieverbrauch. Energie wird eingespart und durch Arbeitskraft ersetzt bzw durch Investitionen ausgeglichen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Substitution bewirkt keine Rückkehr zu mehr manueller Arbeit. Die Substitution findet oft nicht direkt für vergleichbare Prozesse statt, sondern indirekt. Durch höhere Energiepreise sind energiesparende Investitionen rentabler als energieintensive. Mit der Investition verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit. Damit wächst der Arbeitseinsatz. Eine andere Substitution findet statt, wenn Unternehmen vorgelegte Produktionsstufen auflassen und Investitionsmöglichkeiten im Verarbeitungsbereich suchen. Für die Unternehmen ergibt sich eine Erhöhung des Arbeitseinsatzes pro Energieeinsatz, nicht aber ein direkter Ersatz der Energie durch Arbeit bei gleichem Produkt und Prozeß. Bewirkt wird somit eine Vorwärtsstrategie zu höherer Wertschöpfung und größerem Einsatz von Know-how und qualifizierter Arbeit. Insbesondere die Öko-Branche, ein Bereich mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten, sucht laut Einschätzung der OECD vorwiegend Personal mit höherer Ausbildung.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut haben jeweils für Deutschland und Österreich die

Wirkung einer Energiesteuer ohne internationalen Gleichklang untersucht, deren autonome Einführung EU-rechtlich durchaus möglich ist. In beiden Fällen sind bestimmte Varianten einer ökologischen Steuerreform wirtschaftlich vorteilhaft.

Das WIFO berechnete in der Untersuchung der Einführung einer Energiesteuer ohne internationalen Gleichklang einen induzierten Beschäftigungszuwachs von 0,4% oder 11.000 Personen innerhalb von 5 Jahren im Vergleich zum Referenzszenario ohne Energiesteuer. Wesentlich ersc.heinen gezielte flankierende Investitionsförderungen. Bei gänzlicher Aufkommensneutralität der Steuerreform müssen diese Förderungen durch budgetäre Umschichtungen im Ausmaß von jährlich öS 6 bis 15 Mrd. finanziert werden.

Ähnliche Effekte beschreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für Westdeutschland. Eine autonom eingeführte Energiesteuer schafft innerhalb

von 10 Jahren 300.000 bis 800.000 zusätzliche Beschäftigte in den "alten Bundesländern". Zu den "Gewinnern" der veränderten Rahmenbedingungen zählen laut Studie sämtliche Dienstleistungen, der Elektrotechnik- und Maschinenbau sowie der Hoch- und Tiefbau. Höheren Belastungen sind die Bereiche Grundstoffe (Eisen, Stahl, chem. Basiserzeugnisse, NE-Metalle, Steine und Erden) sowie teilweise Nahrungsmittel und Textilien ausgesetzt.

Ökologische Steuerreformen wurden unter anderem bereits in Finnland, Kanada, den Niederlanden, Schweden und besonders weitgehend in Dänemark umgesetzt. Dänemark hat mit 1.1.96 die seit drei Jahren erhobene CO₂-Steuer erhöht und vier neue Umweltabgaben eingeführt. Private Haushalte zahlten bereits rund öS 1000,- pro Tonne CO₂. Die Tarife für Haushalte und Industrie steigen stufenweise bis zum Jahr 2000. Energiesparende Investitionen können steuerlich geltend gemacht werden. Neu eingeführt wurden Abgaben auf SO₂, Pestizide, Nickel-Cadmium-Akkus und chlorierte Lösungsmittel. Die Mehreinnahmen werden über Förderungen und eine Senkung der Lohnnebenkosten rückvergütet. Gleichzeitig gehört Dänemark zu den wenigen Ländern der EU, deren Arbeitslosenrate seit den Rezessionsjahren 1992/93 - allerdings von hohem Niveau ausgehend (12%) - rückläufig ist (1996: 8%). Diese Entwicklung wird auf eine generell offensive Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückgeführt.

Richtig ist, daß jede Änderung der umwelt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Umstellungskosten vor allem in der den internationalen Wettbewerb ausgesetzten Industrie, aber auch in privaten Haushalten verursacht. Deshalb erfordert die Umstellung Zeit, um den bestehenden Kapitalstock nicht plötzlich abschreiben zu müssen. Andererseits soll die laufende Beeinträchtigung der Umwelt und Dritter möglichst bald reduziert werden, um die laufend anfallenden externen Kosten zu beseitigen. Die Reform muß den Weg zwischen plötzlicher Änderung und damit verbundenen hohen Umstellungskosten sowie langsamen Veränderungen und damit anhaltender Belastung durch externalisierte Kosten gehen. Ein früher Beginn der Reform ermöglicht längere Umstellungszeiträume, die an die speziellen Gegebenheiten der jeweiligen Volkswirtschaft angepaßt sind. Umweltfolge- und Kontrollkosten werden zu einem möglichst frühen Zeitpunkt abgebaut. Damit ist ein Nettowohlfahrtsgewinn verbunden.

Darüber hinaus darf der langfristige Vorteil für den "First Mover" nicht übersehen werden. Die Nachfrage nach Umweltechnologie und nach Know-how über ressourcen- und energieeffiziente Produktionsweisen wächst. Trotz fehlender Konvention zur Abgrenzung von Umweltgütern und -dienstleistungen kann der aktuell erzielte weltweite Umsatz in den Bereichen Wasserbehandlung, Abfallmanagement, Luftreinhaltung und Umweltdienste auf öS 3.500 Mrd. geschätzt werden. Dabei sind japanische Firmen im Markt für Luftreinigungsanlagen, für Entstickungsausrüstung und für Prozesse der

Entschwefelung von Schweröl führend. Ein schwedisches Unternehmen und deutsche und französische Firmen führen bei Technologien für Abwasserbehandlung, US-amerikanische in der Abfall- und Biotechnologie.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

DrlngllChe Anfrage

1. Wie treten Sie dem Umstand entgegen, daß die im Rahmen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 eingeführte Elektrizitäts- und Erdgasabgabe, die eine einnahmenseitigen Maßnahme zur Budgetsanierung darstellt, vom WIFO schon 1995 in einer vom BMU, BMWFK und dem BMLF in Auftrag gegebenen Studie als die beschäftigungspolitisch nachteiligste Variante einer Energiebesteuerung ausgewiesen wurde?
2. Wie vermeiden Sie den Eindruck der Sprunghaftigkeit, Unberechenbarkeit und Wirtschaftsfeindlichkeit vor dem Hintergrund unvorhersehbarer, massiver Erhöhungen der Verbrauchssteuern auf Energie, wie im Fall des Strukturanpassungsgesetzes 1996 bzw. der Mineralölsteuererhöhungen 1995? .
3. Stimmen Sie der im Nationalen Umweltplan formulierten Notwendigkeit einer sozial und ökologisch nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung zu?
 - a. Wenn nein, mit welcher Begründung?
 - b. Wenn ja, welche Strategie werden Sie verfolgen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Beschäftigungssituation zu verbessern sowie die Energie- und Materialeffizienz wirtschaftlicher Prozesse zu steigern?
4. Welche Rolle weisen Sie staatlichen Interventionen und ordnungspolitischen Maßnahmen bei der Erreichung von beschäftigungs- und umweltpolitischen Zielsetzungen zu?
5. Welche realen Möglichkeiten zur Anwendung neuer marktkonformer politischer Instrumenten sehen Sie im Bereich der Wirtschafts- und Umweltpolitik?
6. Sehen Sie Handlungsbedarf hinsichtlich der Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung auf den Produktionsfaktor Arbeit?
 - a. Wenn nein, wie begründen Sie dies, und wird sich aus Ihrer Sicht in absehbarer Zeit Handlungsbedarf ergeben?
 - b. Wenn ja, welche Maßnahme werden Sie bis wann setzen?
7. Wie beurteilen Sie den beschäftigungspolitischen Gestaltungsspielraum, der sich durch Reformen im Bereich der Bundesabgaben erschließt?
8. Wie begegnen Sie dem Vorwurf, daß Unternehmen mit einer hohen Fertigungstiefe und damit einer überdurchschnittlichen Wirkung auf die Beschäftigungssituation, in Österreich besonders hohen Belastungen durch Lohnnebenkosten ausgesetzt und so in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt sind?
9. Wann und mit welchen Strategien werden Sie der zunehmenden Absiedelungstendenz von Industriebetrieben - wie beispielsweise im Falle von Semperit - mit effektiven finanzpolitischen Maßnahmen begegnen?
10. Wann und mit welchen finanzpolitischen Maßnahmen werden Sie Anreize schaffen, um die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich

im Wettbewerb um zukunftssträchtige Investitionen zu stärken, und um der Umleitung von Kapital, wie im Falle Siemens, in andere EU-Staaten zu begegnen?

11. Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um die Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau von Biomasse-, Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen zur Erzeugung elektrischer Energie zu begünstigen, der mit einer überproportionalen Wertschöpfung im Inland verbunden ist?

In formaler Hinsicht wird vor Eingang in die Tagesordnung die dringliche Behandlung der Anfrage zum frühest möglichen Zeitpunkt verlangt.